

POLITISCHE BÜCHER

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Der historische Aufstieg ist zu Ende

Wie die Demokratie aber trotzdem den meisten Anfechtungen gewachsen sein kann

Anders als um 1930 befindet sich die Demokratie in Deutschland heute nicht in einer existenziellen Krise. Die Bundesrepublik zählt vielmehr zu den konsolidierten freiheitlich-demokratischen Ländern in der Welt, in denen sich über Jahrzehnte eine deliberative und pluralistische politische Kultur und Institutionenordnung etabliert und bewährt hat. Die Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik sind in unsere staatlichen Institutionen ebenso eingeschrieben wie in die öffentlich-intellektuelle Debatte, in der Weimar-Vergleiche so verlässlich wie prompt bei der Hand sind, sobald sich demokratiegefährdende Tendenzen andeuten.

Auch wenn der Titel von Jens Hacke anderes suggerieren mag, geht es dort aber ausdrücklich nicht um eine Warnung vor „Weimarer Verhältnissen“ oder eine weitere Analyse der Erosion der ersten deutschen Demokratie. Das Buch bildet eine Art Appendix zu Hackes wesentlich umfangreichere Ideengeschichte des deutschen Liberalismus in der Zwischenkriegszeit („Existenzkrise der Demokratie“, Suhrkamp 2018). Im Mittelpunkt stehen kenntnisreiche Miniaturen liberaler Denker wie des Ökonomen Moritz Julius Bonn, des in eine Apologie totalitärer Herrschaft abgedrifteten Soziologen Robert Michel und – einmal mehr – eines der scharfsinnigsten illiberalen Demokratiekritiker des 20. Jahrhunderts, Carl Schmitt. Der Gegenwartsbezug fällt mit Verweisen auf aktuellere demokratietheoretische Beiträge relativ knapp aus, und die intellektuell elaborierte Abhandlung über die Zwischenkriegsautoren richtet sich eher an die bereits fachlich spezialisierte Leserschaft im Feld der Intellektuellen- und Liberalismusgeschichte.

Wichtig ist Hacke der Brückenschlag von Weimar zur Bundesrepublik: Auch wenn die Anhänger der parlamentarischen Demokratie in den 1920er- und 1930er-Jahren sogar in liberalen Kreisen in die Defensive gerieten, so legten einige von ihnen damals das Fundament für die Ausgestaltung der liberalen als wehrhafte Demokratie, die wie die Bundesrepublik viele institutionelle Sicherungsmechanismen gegen ihre Aushöhlung einrichtete. Dass die demokratische Praxis und ihre geschriebenen wie ungeschriebenen Regeln indes immer wieder aufs Neue eingeebnet, gepflegt, begründet und durchgesetzt werden müssen, zeigt nicht zuletzt die jüngste Entwicklung in den USA. Mit der Präsidentschaft Donald Trumps setzte auch dort eine ungewohnt alarmistische Debatte über die Zukunft der Demokratie, eine schleichende Erosion demokratischer Normen und Institutionen und die Gefahr eines Abrutschens in den Autoritarismus ein. Wenn selbst in den USA politische Bewegungen und Politiker Zulauf finden, die an Grundpfeilern eines demokratischen Gemeinwesens wie der Pressefreiheit, der Achtung der Opposition, einer unabhängigen Justiz oder der Freiheit und Gleichheit der Wahlen rütteln – wie ist es dann um den Rest der Demokratien bestellt?

Die Bilanz der Politikwissenschaftler Armin Schäfer und Michael Zürn, die sich besonders auf die öffentlich zugänglichen Datensätze des Varieties-of-Democracy-Index V-Dem stützt (www.v-dem.net), fällt eher deprimierend aus. Der historische Aufstieg der Demokratie, der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte und sich nach dem Ende des Kalten Kriegs nach 1990 noch einmal beschleunigte, ist definitiv zu Ende. Mehr noch: Ließen sich im Jahr 2000 immerhin 62 Länder auf der Welt als liberale Demokratien klassifizieren, hat sich



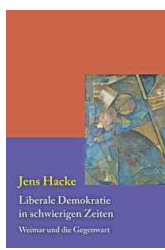
Volksvertretung: Für Populisten ist der Bundestag aber nicht die authentische Stimme „des“ Volkes

Foto dpa

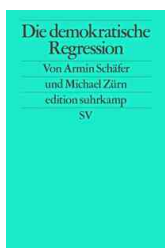
Schäfer und Zürn zufolge seither in fast zwei Dritteln dieser Länder die Demokratiequalität deutlich verschlechtert.

Die Autoren sprechen in ihrem glasklar aufgebauten und flüssig geschriebenen Buch deshalb von einer „demokratischen Regression“, die sich mithilfe verschiedener Indikatoren messen lässt und sich in konkreten Veränderungen wie Einschränkungen der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, einer Relativierung der Gewaltenteilung oder einer Manipulation von Wahlergebnissen manifestiert. Eine Hauptverantwortung für diese Entwicklungen tragen rechtspopulistische, nationalistisch orientierte Parteien und Politiker. In Ländern mit populistisch-autokratischen Regierungschefs wie Ungarn, Brasilien, Indien, der Türkei und auch den USA sank die Demokratiequalität nach deren Amtsübernahme deutlich.

Entgegen der Behauptung, der Stimme des kleinen Mannes mehr Geltung zu verschaffen, verbesserten sich unter autoritären Populisten weder die Partizipations- und Mitsprachemöglichkeiten noch die Integration bislang benachteiligter Gruppen oder die soziale Verteilungsgerechtigkeit. Warum aber konnten auch in konsolidierten Demokratien wie Deutschland, Frankreich oder Österreich



Jens Hacke: „Liberaler Demokratie in schwierigen Zeiten“: Weimar und die Gegenwart. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 2021. 269 S., 22,- €.



Armin Schäfer/Michael Zürn: „Die demokratische Regression“: Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Suhrkamp Verlag, Berlin 2021. 247 S., 16,- €.

Grenzen zwischen Erlebtem und gewollter wissenschaftlicher Analyse werden fließend. Die eigenen Erfahrungen werden absolut gesetzt und verallgemeinert – so auch in diesem Fall. Das Buch ist dann auch keine Abhandlung über den Charakter des SED-Staates, den Widerstand gegen das System und dessen Bekämpfung durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Es ist ein politisches Traktat, ein Rundumschlag, eine undifferenzierte Generalabrechnung mit der DDR und der Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Bundesrepublik. Das ist alles legitim, solange man nicht vorgibt, eine wissenschaftlich und historisch fundierte Studie vorlegen zu wollen, sondern das Ganze als das kennzeichnet, was es ist.

Es würde hier zu weit führen, auf jede historische Falschaussage, jeden sachlichen Fehler und jede Fehlinterpretation von denen es in dem Buch viele gibt, einzugehen. Einige Beispiele: Im Ansatz wird eine undifferenzierte und ahistorische Gleichsetzung zwischen Nationalsozialismus und SED-Diktatur verfolgt. Methoden, die die Staatssicherheit nachweislich in den Fünfzigerjahren anwandte, werden pauschal auf die 40-jährige Existenz des Staates übertragen. Gleiches gilt für die Strafrechtspraxis. Auch werden wissenschaftlich nicht abgesicherte Zahlen von politischen Häftlingen als valide betrachtet und aufs Jahr runtergerechnet – ohne einzubeziehen, dass es im Lauf der DDR-Geschichte härtere und weniger harte Repressionsphasen gab.

Alle, die keinen aktiven Widerstand gegen das SED-Regime geleistet haben oder dies anders, als der Autor es nach seinem persönlichen Selbstverständnis für richtig hält, taten, werden per se diffamiert. Damit meint er beispielsweise auch diejenigen, die eine Reform des Sozialismus und nicht seine völlige Abschaffung forderten. Dabei wird undifferenziert argumentiert und außer Acht gelassen, dass bis zum Herbst 1989 die Zahl derjenigen, die aktiven Widerstand geleistet haben, überschaubar war.

Für die Zeit seit der Wiedervereinigung werden un belegte Vermutungen über Seilschaften alter SED- und MfS-Kader in der Bundesrepublik, „die Entscheidungspositionen in Politik, Rechtswesen, Wirtschaft und Kultur eingenommen“ hätten und den Aufbau Ost „sabotieren“ würden, verbreitet. Hinsichtlich der juristischen Aufarbeitung des SED-Unrechts – die ohne Zweifel schwierig

rechtspopulistische Bewegungen in den vergangenen Jahren so erheblichen Zulauf verzeichnen? Schäfer und Zürn bieten hier jenseits der üblichen Verweise auf soziale Ungleichheit und kulturelle Polarisierung eine genuin politische Erklärung an und führen die von den Populisten mit verantwortete demokratische Regression auf eine „doppelte Entfremdung“ zurück:

Zum einen gebe es eine zunehmende Diskrepanz zwischen Idealen der demokratischen Selbstbestimmung und der politischen Praxis, da zahlreiche Entscheidungen, die nationale Belange erheblich beeinflussen, in „nichtmajoritären“ internationalen Institutionen wie der EU-Kommission, dem Internationalen Währungsfonds und Zentralbanken fallen, die sich der parlamentarischen Mitsprache und der öffentlichen Kontrolle durch Wahlen entziehen. Zum anderen spiegeln die Hinwendung zum Populismus auch in Deutschland reale Repräsentationsdefizite wider. Wie Schäfer und andere in früheren Arbeiten gezeigt haben, setzt der Bundestag politische Vorschläge eher um, wenn sie von Beamten, Selbständigen und Unternehmern vorgebracht werden – von Gruppen also, die im Parlament ebenso wie Akademiker überproportional stark vertreten sind.

Der politische Einfluss von geringer Qualifizierten und Menschen mit niedrigem Einkommen fällt dahinter auch europaweit zurück. Den Eindruck, von der politischen Klasse nicht hinreichend vertreten zu werden, der populistischen Parteien Zulauf verschafft, halten Schäfer und Zürn somit für berechtigt.

Die jüngste Häufung von Krisen, seien es die Finanz- und Eurokrise, die Flüchtlings- und die Corona-Krise, verstärkte das parlamentarische Repräsentationsdefizit zusätzlich: Denn in der Krise wird in der Regel die Exekutive gestärkt, und politische Entscheidungen werden damit vom demokratischen Prozess abgekoppelt. Genau dies erzeugte in der Corona-Krise in Deutschland auch immer wieder deutliche öffentliche Kritik. Immerhin lässt sich in Ländern, wo Populisten bislang nicht oder nur marginal in der Regierung vertreten waren, noch keine institutionelle Regression messen. Schäfer und Zürn schließen mit einem ähnlichen Appell wie Hacke: Wir sollten gegenwärtig weniger Energie auf die Verurteilung der populistischen Demokratiekritiker verwenden als uns auf die Arbeit an den konkreten Problemstellungen konzentrieren, die zur konstatierten Entfremdung beitragen. Die gesellschaftliche Legitimation und Akzeptanz des existierenden demokratischen Regierungssystems hängt nicht nur von der Responsivität der Parteien und des Parlaments gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sondern eben auch von seinem Handlungs- und Steuerungsvermögen, der Reform- und Erneuerungsfähigkeit der politischen Verantwortlichen und der Qualität der vielfältigen staatlichen Ordnungsleistungen ab. ARIANE LEENDERTZ

war – stellt der Autor den juristischen Ansatz eine lege nulla poena, eine wichtige Grundlage eines demokratischen Rechtssystems, infrage und bezeichnet ihn als „merkwürdig“, „ignorant“ sowie „lebens- und wirklichkeitsfremd“.

Es lohnt sich nicht, dieses Buch zu lesen. Wolfgang Welsch hat seinem mehr als berechtigten Anliegen, über den Unrechtscharakter des SED-Regimes aufzuklären und den Opfern eine Stimme zu geben, damit einen Bärendienst erwiesen, denn eine solche Art der Darstellung nehmen nur Leute ernst, die ebenso lieber mit groben Pinselstrichen auf wenig faktenreichem Fundament Anklagen erheben, ohne die mühsamen und komplexen Prozesse der Mechanismen der Diktatur und ihrer Aufklärung zu untersuchen. DANIELA MÜNKEL



Wolfgang Welsch: „Widerstand. Eine Abrechnung mit der SED-Diktatur“. Lukas Verlag, Berlin 2021. 379 S., 30,- €.

Drehung in die Vergangenheit

Wer genau auf das „Titelbild“ der F.A.Z. vom 2. Oktober 2021 schaut, sieht, vor welcher grundlegenden politischen Entscheidung die Grünen in diesen Tagen stehen.

Bekanntlich erklärte Robert Habeck anhand einer Schraube, wie die Gespräche bei den Sondierungen gelaufen seien: Die Schraube müsse gerade eingesetzt werden, damit (dick gebohrte) Bretter gut miteinander verbunden würden. Auf Nachfrage, ob dann nicht auch eine Mutter erforderlich sei, erklärte Habeck, er denke an Spax-Schrauben und die hätten keine Mutter. Damit wollte er wohl vermeiden, dass bei der SPD mütterliche Ambitionen aufkamen.

Wer nun das Bild in der F.A.Z. betrachtet und sich in seinem Werkzeugkoffer einigermaßen auskennt, der erkennt, dass die Spax-Schraube der Grünen von besonderer Art ist. Spax-Schrauben haben ein Gewinde, das sich beim Einschrauben im Uhrzeigersinn dreht, also – bildlich gesprochen – in die Zukunft. Die

Spax-Schraube der Grünen hat nach Ansicht der F.A.Z. ein Gewinde, das bei der Verbindung fester Bretter, also beim Einschrauben, gegen den Uhrzeigersinn gedreht werden muss.

Das heißt bei einer Verbindung zur Koalition mit der SPD, dass dieser Partei zwar keine mütterliche Rolle zugestanden wird, dass eine feste Verschraubung jedoch eine Drehung nach links erfordert, gegen den Uhrzeigersinn, also in die Vergangenheit. Wie sieht aber die Vergangenheit der SPD aus? Die Partei hat verhindert, dass ihr jetziger Kanzlerkandidat Olaf Scholz zu ihrem Parteivorsitzenden gewählt wurde und so ihre Differenzen zu ihm zum Ausdruck gebracht.

Ist die Vermutung abwegig, dass diese Differenzen bald „fröhliche Urständ feiern“ werden? Wer die Spax-Schraube der Grünen im Uhrzeigersinn dreht, also in die Zukunft, der löst die Verbindung entsprechender Bretter.

DR. FRIEDRICH KRONENBERG, BONN

Passender Fehlgriff Willi Sitte

Über das hintergründige Titelbild in der F.A.Z. vom 2. Oktober habe ich mich sehr amüsiert, denn eine Spax-Schraube mit Linksdraht habe ich noch nicht gefunden – aber für diese Aufgabe ist sie passend. Oder war das spiegelverkehrte Bild doch nur eine Panne? Dann gilt dem daran Schuldigen ein Lob für seinen passenden Fehlgriff.

PETER HECKER, BABENHAUSEN

Im Artikel „Arbeit am Ich“ von Andreas Plathaus (F.A.Z. vom 1. Oktober) wird festgestellt: „Willi Sitte hatte sich als künstlerischer Autodidakt in der neu gegründeten DDR einzurichten.“ Bereits 10 Jahre vor der Gründung der DDR war Willi Sitte bis Ende 1940 Schüler des Malers Prof. Werner Peiner in der Hermann-Göring-Meisterschule für Malerei in Kronenburg in der Eifel.

REINHOLD RUHR, MICHELSTADT

Umweltpolitik Keine Quotenfrau

Die deutsche Umweltpolitik drängt die EU zur Verschärfung ihrer Schadstoffziele und will diese noch überbieten. Deutschland möchte auch auf diesem Gebiet für die Welt Vordenker sein, ein ehrgeiziges und ehrenwertes Vorhaben. Machen wir uns aber nichts vor: Mit Unglaubwürdigkeit verspielt Deutschland die Rolle eines Vorreiters für die Umweltpolitik und erreicht das Gegenteil. Ein Vordenker ist nicht unbedingt auch ein Vorreiter, ein Klassenbester nicht automatisch ein Vorbild.

WALTER HEIZMANN, KENZINGEN

Als langjähriger Leser Ihrer Zeitung muss ich Ihnen leider mitteilen, dass die Karikatur von Greser & Lenz in der Ausgabe vom 2. Oktober absolut geschmacklos ist. Es ist eine Schande, Lady Thatcher mit Massenmördern gleichzustellen! Man mag unterschiedlicher Meinung über ihre Politik sein, aber das hat sie nicht verdient! Das auch noch mit „Quoten“ zu begründen ist noch erbärmlicher. Lady Thatcher war eine Vorreiterin der Emanzipation und keine Quotenfrau.

ANDREAS SARFERT, FREISING

Abwendung von Adenauers Fundament

Zur Ihrer Wahlberichterstattung: Das Wahlergebnis für die Unionsparteien bei der Bundestagswahl konnte niemanden überraschen. Der eigene Spitzenkandidat wurde nur wenig plaktiert. Im Zentrum von Essen warb er in seinem Wahlkreis siegreich CDU-Kandidat allein um die Erststimme.

In Köln konnte ein säuerlich von einzelnen Plakatwänden lächelnder Armin Laschet einem zuvor erfolgreichen Bewerber nicht zum erneuten Gewinn des innerstädtischen Wahlkreises Köln I verhelfen. Unter Gerhard Schröder hatte die SPD durch die höchst wirkungsvollen sogenannten Hartz-Reformen ihre Integrationsfähigkeit hinsichtlich der linkssozialistischen Wählerschaft eingebüßt. Unter Angela Merkel hat sich die CDU gezielt rot-grün optierenden Wählern als ihre Sachwalter anzudienen versucht.

Dabei hat die Partei ihr vormaliges Profil auf verschiedenen Politikfeldern aufgegeben. Ihr früherer nationalkonservativer Flügel wie auch Exponenten einer ordoliberalen Wirtschaftspolitik sind ihr dabei abhandengekommen. Auch familienpolitisch wertgebundene, primär katholische Kreise haben an innerparteilicher Sichtbarkeit eingebüßt. Angesichts höchst relativer Wahlerfolge unter der abtretenden Kanzlerin fanden Hinweise auf die Risiken eines solchen Positionswechsels in der Partei regelmäßig taube Ohren.

Die Abwendung von Konrad Adenauers Positionierung der Unionsparteien im wertgebundenen, wirtschaftsliberalen, bürgerlichen Segment der Bevölkerung unter Integration sozial schwächerer Kreise durch eine über den wirtschaftlichen Erfolg möglich gewordene Sozialpolitik hat mittlerweile negative Folgen nicht nur für die Partei selbst, sondern auch für die Demokratie in Deutschland gezeitigt: Eine sich in der „Mitte“ des Parteienspektrums positionierende Partei hat zwar eine günstige Position für Verhandlungen mit anderen Gruppierungen.

In der Konkurrenzsituation eines Wahlkampfes aber wird sie von allen Seiten her angegriffen und kann dabei selbst nur abwägende, für viele Wähler halberzig erscheinende Auffassungen vertreten.

Das ist zum einen gefährlich für die Mittelpartei selbst. Zum anderen aber gefährdet eine mittelgroße Partei in

der Mitte des Parteiensystems bei Regierungsbildungen die alternierende Ablösung einer abgewirtschafteten politischen Richtung durch eine konkurrierende Gruppierung.

Denn die Zurechnung politischer Verantwortung beruht in parlamentarischen Demokratien gerade auf diesem Mechanismus. Politische Fehler werden nicht nach Art eines Strafprozesses durch „Wegsperrern“ von „Schuldigen“ bestraft, sondern den Amtsinhabern durch Vertrauensinvestitionen in einen anderen möglichen Verantwortungsträger angelastet.

Konrad Adenauer hat sich parlamentarisch von den damals noch anzutreffenden Altnazis sehr bewusst distanziert, Konservative aller Couleur aber zu integrieren versucht.

Ehemalige Deutschnationale wie Hermann Ehlers oder Hans Schlange-Schöningen sind mit ihrer Anhängerschaft von der CDU aufgenommen worden. Dadurch ist der rechte Flügel parteipolitisch in den Fünfzigerjahren aus dem Deutschen Bundestag verschwunden, bis er 2017 unter Angela Merkels Kanzlerschaft zurückgekehrt ist. Ihre epigonale wirkenden Nachfolger im Parteivorstand haben weder die Attraktivität der originalen sozialdemokratischen oder grün-alternativen Konzepte ernsthaft gefähren noch die verlorenen Stammwähler zurückgewinnen können.

Will die CDU nicht den Weg der italienischen Democrazia Cristiana gehen, wird sie klare Konzepte für einen Kurs außerhalb des großen Konsenses und allseitigen Kompromisses sowie darüber hinaus eine Führungsperson benötigen, die sich der Wählerschaft glaubwürdig als Vertrauenssträger für einen solchen Kurs der Erneuerung anbieten kann.

PROFESSOR DR. JÜRGEN PLÖHN, NEUSS

Von den vielen Zuschriften, die uns täglich insbesondere auch wegen der Coronavirus-Krise erreichen und die uns wertvolle Anregungen für unsere Arbeit geben, können wir nur einen kleinen Teil veröffentlichen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie Kritik oder Zustimmung enthalten. Oft müssen wir kürzen, denn möglichst viele Leser sollen zu Wort kommen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.

Undifferenzierte Generalabrechnung

Ein Widerstandskämpfer aus der DDR erweist der Aufarbeitung des Geschehenen einen Bärendienst

Wolfgang Welsch ist bekannt als engagierter Gegner des ehemaligen SED-Staates. Er wurde wegen eines gescheiterten Fluchtversuchs aus der DDR im Jahr 1964 zu zehn Jahren Haft verurteilt, 1966 frühzeitig entlassen, dann wegen „Vorbereitung eines Hatzfilms“ abermals verhaftet und verurteilt. Im Jahr 1971 kaufte ihn die Bundesrepublik schließlich frei. Danach war er als Fluchthelfer aktiv, wurde von der Stasi auch im Westen verfolgt und entging nur knapp einem Giftanschlag. Nach 1990 hat sich Welsch mit Nachdruck für die juristische und politische Aufarbeitung des SED-Unrechts eingesetzt. Er hat seine Geschichte als Buch publiziert und ist als Zeitzeuge sehr engagiert, um über den SED-Staat und seine Verbrechen aufzuklären.

Nun hat er ein Buch vorgelegt, das über die reine Zeitzeugenschaft hinausgeht. Und hier liegt dann auch ein grundsätzliches Problem: die Vermischung von Zeitzeugenschaft und politischem Anliegen mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit. Das gelingt nur in absoluten Ausnahmefällen. Die eigene Betroffenheit, der fehlende Abstand zum Geschehen erschweren den notwendigen unaufgeregten Blick auf die Geschichte. Die